

Mittelstand: Franz Josef Strauß muß Kanzler werden

Für den Mittelstand kann die Parole am 5. Oktober nur lauten:
Franz Josef Strauß — wer denn sonst! Hierzu Professor Dr. Gerhard Zeitel, MdB, Finanzminister des Saarlandes und Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU: Der Kanzlerkandidat der Union hat stets ein überzeugendes politisches Bekenntnis abgelegt

- zur Sozialen Marktwirtschaft
- zum Leistungswettbewerb
- zur Sicherung des Eigentums
- zur Eigenverantwortung und
- zur Risikobereitschaft.

Die Union fordert die Erhaltung und den Ausbau der Sozialen Marktwirtschaft, denn nur so kann der Freiheitsraum des einzelnen gewahrt und erweitert werden. Daher ist Mittelstandspolitik mehr als die Summe von Einzelmaßnahmen; Mittelstandspolitik ist aktive, freiheitssichernde Gesellschaftspolitik.

Gerade der Selbständige verwirklicht das Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft. Soziale Marktwirtschaft kann ohne eine freiheitliche Grundordnung nicht bestehen. Die Union und ihr Kanzlerkandidat wissen um den Wert und die Bedeutung eines gesunden und lebensfähigen Mittelstandes. Ihre konsequente Mittelstandspolitik dient allen Bürgern:

- den Verbrauchern; die mittelständischen Unternehmen sichern die Vielfalt des Warenangebotes. Sie schaffen die Freiheit der Auswahl und beleben den Wettbewerb.
- den Arbeitnehmern; der Mittelstand schafft und sichert besonders arbeitnehmerfreundliche Arbeitsplätze.

- den Jugendlichen; die mittelständische Wirtschaft ist ausbildungsfreundlich. 1978 bildete allein das deutsche Handwerk 600 000 Lehrlinge aus.

Die Lage des Mittelstandes hat sich nach zehn Jahren mehr und mehr sozialistischer Politik in Bonn entscheidend verändert. Der Mittelstand leidet u. a. unter:

- einem Einkommensteuertarif, der gerade im Bereich der mittleren Einkommen einen besonders starken Progressionssprung aufweist,
- einer beachtlichen Anspannung der ertragsunabhängigen Steuern,
- einer einengenden Verwaltungspraxis, die durch eine Unzahl von Erhebungen und Statistiken für den Staat, eine überzogene Betriebsprüfungspraxis und durch eine Flut von Gesetzen und Verordnungen die mittelständischen Unternehmen erdrückt,
- einer gefährlichen Auszehrung durch Betriebsschließungen und durch rückläufige Umsatzanteile.

Deswegen brauchen wir am 5. Oktober eine Wende. Mit Franz Josef Strauß kann der Mittelstand wieder in eine bessere Zukunft blicken.

Mittelstand – was ist das?

Der Mittelstand ist gekennzeichnet durch eine außergewöhnliche Vielfalt. Selbständiges Handeln und selbständiges Denken sind seine Maxime. Zum Mittelstand gehören die Inhaber kleiner und mittlerer Betriebe, Landwirte, Handwerker, Kaufleute, freie Berufe und Führungskräfte in Wirtschaft und Verwaltung.

98 % aller Betriebe können als mittelständische Unternehmen bezeichnet werden.

67 % aller Arbeitnehmer sind in mittelständischen Unternehmen beschäftigt.

90 % aller Auszubildenden finden hier ihre Lehrstelle.

57 % des privaten und

50 % des gesamten Bruttoinlandsproduktes werden von kleinen und mittleren Unternehmen erstellt.

45 % des Umsatzes der gesamten Wirtschaft werden in diesem Bereich erzielt.

41 % aller Investitionen der Wirtschaft führen mittelständische Unternehmen durch.

Der Begriff Mittelstand kann jedoch nicht allein wirtschaftlich verstanden werden. Er hat vielmehr auch eine erhebliche soziologische und gesellschaftspolitische Bedeutung. Diese folgt nicht nur aus dem Zugehörigkeitsgefühl einzelner zum Mittelstand, sondern vor allem aus objektiv feststellbaren Funktionen, die der Mittelstand für unsere demokratische Ordnung hat. Der Grad der Freiheitlichkeit einer Gesellschaft ist eng verknüpft mit der Vielfalt und Breite des Mittelstandes und seiner Entfaltungschancen. Der Prozeß pluralistischer Willensbildung in der Gesellschaft ist wesentlich bestimmt von dem Gewicht mittelständischer Gruppen.

Eine demokratische Gesellschafts- und Staatsordnung wie auch eine marktwirtschaftliche Ordnung sind gleichermaßen an die Existenz eines starken und leistungsfähigen Mittelstandes gebunden. Da der Mittelstand ein Garant der Freiheit ist, brauchen wir in den 80er Jahren wieder eine aktive Mittelstandspolitik und eine soziale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Aufgaben des Mittelstandes gerecht wird.

Was tut die SPD für den Mittelstand?

Die SPD spart nicht mit Lippenbekenntnissen zum Mittelstand. Doch die wohlklingenden Sätze, ausgesprochen mit Blick auf das mittelständische Wählerpotential, können den Marsch nach links nicht verbergen. Die Programme und Aktionen der Sozialisten beweisen dies:

- Die Aktion „Gelber Punkt“ gegen die Preispolitik des Einzelhandels.
- Der Beschuß zur Abschaffung der selbständigen Makler.
- Die Forderung, öffentliche Aufträge nur noch an Firmen mit Betriebsrat zu geben.
- Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche, die viele mittlere Unternehmen zum Aufgeben zwingen würde.
- Der Vorschlag, Kammern und Verbände durch eine staatliche Gesellschaft für Wirtschaftsberatung zu ersetzen.
- Das Wort von Helmut Schmidt, die Marktwirtschaft sei in sich unsozial, alle Sozialpolitik müsse sich gegen den Markt verwirklichen.
- Die Diskussion über Investitionskontrolle verstummt nur zu Wahlkampfzeiten.
- Das erklärte Ziel einer Steigerung der Staatsquote am Volkseinkommen.

- Die Ablehnung der Privatisierung von öffentlichen Aufgaben.
- Die Belastung der mittelständischen Betriebe durch unentgeltliche Kulidienste für Staat und Verwaltung.
- Die unerträgliche Bürokratisierung der Wirtschaft.

Die FDP und der Mittelstand

Immer zu Zeiten anstehender Wahlkämpfe entdeckt die FDP ihr Herz für den Mittelstand. Tatsache jedoch ist, daß alle mittelstandsfreundlichen Steuererleichterungen allein Ergebnis einer konsequenten Haltung der Union in Bundestag und Bundesrat sind. Wenn es zum Schwur kommt, marschiert die FDP mit dem sozialistischen Partner.

Ein Beispiel: Die FDP hatte dem deutschen Hotel- und Gaststättengewerbe zugesagt, sich für die Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für Speisen in Gaststätten einzusetzen. Den entsprechenden Antrag der Union lehnte sie im Finanzausschuß jedoch zusammen mit der SPD ab. Ähnlich erging es, wiederum entgegen vorherigen Lippenbekenntnissen, dem Antrag zur Änderung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, dem Bundesmittelstandsförderungsgesetz und dem Antrag zur Errichtung von Sprecherausschüssen für die leitenden Angestellten.

Fazit: Die FDP ist ihrer Rolle als Steigbügelhalter sozialistischer Politik zu sehr verhaftet, um Politik für Selbständige durchsetzen zu können.

Die Union tritt für den Mittelstand ein

Eine vernünftige Ordnungspolitik zielt nicht darauf ab, die Leitungs- und Leistungsfunktion des Unternehmers zu ersetzen, sondern sie bemüht sich, den unternehmerischen Entscheidungsspielraum durch marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen zu sichern. Die Bundesrepublik braucht heute eine Politik, die den Unternehmen wieder einen besseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmen garantiert. Erste Voraussetzung dafür ist eine Offensive für die Soziale Marktwirtschaft. Wirksame Mittelstandspolitik in der Bundesrepublik steht und fällt mit der Erhaltung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft.

Im Bildungswesen und in den Massenmedien muß die Soziale Marktwirtschaft wieder als wertgebundene Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne unseres personalen Menschenverständnisses dargestellt werden, nicht aber als Spätform des Kapitalismus.

Vor allem aber muß an die Stelle der leistungsgläubigen Wachstumsratenpolitik der SPD/FDP-Regierung eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit der kontinuierlichen und zuverlässigen Förderung der Wachstumsgrundlagen treten. Ausreichendes Wirtschaftswachstum ist dann das Ergebnis der wirtschaftlichen Dynamik, nicht politischer Vorgaben.

Dazu müssen vor allem

- die Gesetzes- und Leistungsflut abgebaut und die Eigenbetätigung des Staates marktmäßiger gestaltet werden,
- soziale Maßnahmen nicht immer wieder auf die Unternehmen zu Lasten der Investitionsfähigkeit und damit zu Lasten der Arbeitsplatzsicherheit abgewälzt werden,
- die Investitions- und Risikotragfähigkeit kleinerer Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen und den Abbau bürokratischer Lasten verbessert werden,
- die überhöhten Schuldenzuwächse der öffentlichen Hand abgebaut und die Staatsquote langfristig durch Begrenzung der Ausgabenzuwächse, deren Steigerungsrate geringer sein muß als die des Bruttosozialprodukts, auf 40 % gesenkt werden,
- staatliche Privilegien und staatliche Monopole in den wachstumsträchtigsten Bereichen unserer Wirtschaft abgebaut werden und
- ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für Großunternehmen und Großtechnologie durch eine aktive und umfassende Wettbewerbspolitik beseitigt werden.

Durch technischen Fortschritt, Entwicklung im internationalen Wettbewerb und Änderungen der Verbraucherwünsche werden ständig Arbeitsplätze wettbewerbsunfähig. Der erforderliche Strukturwandel, das Bereitstellen von neuen und leistungsfähigen Arbeitsplätzen für die verlorengegangenen, kann nur von einer flexiblen und wachsenden Wirtschaft geleistet werden. Gerade die mittelständische Wirtschaft beweist gleichermaßen täglich aufs neue ihren Einfallsreichtum, ihre Anpassungsfähigkeit, ihren Unternehmungsgeist. Deshalb brauchen wir einen starken Mittelstand. Die Union wird seine Interessen wirkungsvoll vertreten.

Mittelstandsprogramm für die neunte Legislaturperiode

„Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland erfordern dringend ein Umdenken: Mehr Selbständigkeit muß das Ziel all unserer Bemühungen sein.“

Diese Forderung im ersten Satz der Präambel der von der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU vorgelegten „Leitsätze für die 9. Legislaturperiode“ zieht sich wie ein roter Faden durch alle Kapitel des vom Bundesvorstand einstimmig verabschiedeten Programms.

Als Grundvoraussetzungen für eine freiheitliche Ordnung selbständiger Bürger werden die Beschränkung des Staates auf seine Ordnungsaufgaben sowie die Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips, d. h. des Vorgangs kleinerer Einheiten vor der jeweils größeren, angesehen. Mit der Postulierung dieser Forderungen machen die Unions-Mittelständler deutlich, daß Mittelstandspolitik nicht in einem „Mehr an Staat“, sondern in einem „Weniger an staatlicher Reglementierung, Bürokratisierung und Gängelung“ zu sehen ist. Man will nicht Subventionen, sondern fordert „Hilfe zur Selbsthilfe“ und „stabile, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen“.

Die Leitsätze sind erfreulicherweise keine gruppenorientierte Anhäufung von allein für den Mittelstand relevanten Anliegen, sondern sie lassen erkennen, daß man sich als Teil der Gesamtgesellschaft versteht und dieser verantwortlich ist. Kapitel wie „Wirtschaftskonforme Gesellschaftspolitik“ und „Zukunftsorientierte Energie- und Umweltpolitik“ sind kennzeichnend für den Anspruch, mit dem das Programm erarbeitet wurde: Mittelstandspolitik ist keine Enklave der Gesamtpolitik, sondern spielt in alle Bereiche der Politik hinein.

Im Rahmen der Wirtschaftspolitik tritt die Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU für die Erhaltung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft ein und spricht sich für eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik mit kontinuierlicher und zuverlässiger Förderung der Wachstumsgrundlagen aus. Unter derartigen Prämissen sei ausreichendes Wirtschaftswachstum dann das Ergebnis der „wirtschaftlichen Dynamik, nicht aber politischer Vorgaben“. Dieses Ziel soll u. a. dadurch erreicht werden, daß

- „die Gesetzes- und Leistungsflut abgebaut und die Eigenbetätigung des Staates marktmäßiger gestaltet werden;

- die Investitions- und Risikotragfähigkeit kleinerer Unternehmen durch steuerliche Maßnahmen und den Abbau bürokratischer Lasten verbessert werden;
- staatliche Privilegien und staatliche Monopole in den wachstumsträchtigsten Bereichen der Wirtschaft abgebaut werden und
- ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile für Großunternehmen und Großtechnologien durch eine aktive und umfassende Wettbewerbspolitik beseitigt werden“.

Bestandteil der Leitsätze ist auch das bereits auf dem Bundesmittelstandskongreß im April verabschiedete Steuerprogramm, das u. a. die Einführung einer steuerfreien Rücklage bis zu 50 000,— DM im Jahr für Klein- und Mittelbetriebe, eine Verbesserung der Sofort-Abschreibungsmöglichkeiten, die Korrektur des Einkommensteuertarifes, den Abbau der Ungleichbehandlung bei der Altersvorsorge sowie die Einführung des Zweijahresturnus bei der Veranlagung zur Einkommensteuer für alle Selbständigen und freiberuflich Tätigen vorsieht.

Ein eigenes Kapitel ist den „Grundsätzen und Maßnahmen zur Sicherung des Leistungswettbewerbs“ gewidmet. In einem ganzen Bündel von Maßnahmen ist aufgezeigt, wie Chancengleichheit im Wettbewerb und die Abwehr von Benachteiligungen für kleinere und mittlere Unternehmen durchgesetzt werden können. Wettbewerbsnachteile entstehen einigen Gruppen des Mittelstandes auch durch die Ausübung der Schwarzarbeit — insbesondere im Bereich des Handwerks — sowie durch die Nebentätigkeit von Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Bereits erarbeitete Gesetzentwürfe sollen in der 9. Legislaturperiode endgültig Schwarz- und „Grau-Arbeit“ Riegel vorschieben. Gefordert wird jedoch nicht nur Neues, man bekennt sich auch zu Bewährtem: Eine Novellierung des Ladenschlußgesetzes wird als wettbewerbs-, arbeitsmarkt- und verbraucherpolitisch überflüssig abgelehnt.

In einer nicht nur an Großunternehmen orientierten Forschungsförderungspolitik, einer Verbesserung der Eigenkapitalbildung, der Privatisierung öffentlicher Dienste, einer chancengerechten öffentlichen Auftragsvergabe, nicht aber in einem Mehr an Subventionen sieht man die Möglichkeit, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit mittelständischer Unternehmen zu erhalten und zu fördern.

Sonderkapitel sind den leitenden Angestellten und freien Berufen als Vertreter des „neuen“ Mittelstandes gewidmet. Eingegangen wird auch auf die besondere Rolle der mitarbeitenden Ehefrauen in den mittelständischen Unternehmen.

Nicht gescheut haben die Mittelstandspolitiker ein klares Wort zur Medienpolitik. Aus der Grundeinstellung, daß „Leistung, Wettbewerb, Meinungsvielfalt und De-

zentralisation der Entscheidungen bestimmende Elemente für die Politik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU sind“, fordert man die „Beseitigung des ausschließlichen Sendemonopols der öffentlich-rechtlichen Anstalten und die Ergänzung des bestehenden Systems durch privatverantwortete Programmträger“.

Mit den „Leitsätzen für die 9. Legislaturperiode“ hat die Mittelstandsvereinigung sehr konkret und deutlich ihre Zielvorstellungen für die nächsten vier Jahre genannt. Sie bleibt mit diesem Programm nicht im Unverbindlichen, sondern macht Leistung meßbar. 1984 wird man Bilanz ziehen können.